

HRRS-Nummer: HRRS 2010 Nr. 1033

Bearbeiter: Ulf Buermeyer

Zitiervorschlag: BGH HRRS 2010 Nr. 1033, Rn. X

BGH 3 StR 562/08 - Beschluss vom 30. Juli 2009 (LG Krefeld)

Unerlaubtes Handeltreiben mit Betäubungsmitteln (Bande); Anwesenheit des Angeklagten; Beurlaubung (Verhandlung gegen mehrere Mitglieder einer Bande).

§ 231c StPO; § 230 Abs. 1 StPO; § 338 Nr. 5 StPO; § 29a BtMG; § 30a BtMG

Leitsatz des Bearbeiters

Der Bundesgerichtshof hat wiederholt darauf hingewiesen, dass von der Möglichkeit der Beurlaubung nach § 231c StPO nur äußerst vorsichtig Gebrauch gemacht werden sollte, weil diese Verfahrensmaßnahme leicht einen absoluten Revisionsgrund schaffen kann (BGH bei Holtz MDR 1979, 807; bei Miebach NSTZ 1989, 219; BGHR StPO § 231c Betroffensein 1; BGH NSTZ 1981, 111). Dem Senat erscheint es ausgeschlossen, von § 231c StPO im Rahmen eines Strafverfahrens Gebrauch zu machen, das sich gegen mehrere Angeklagte wegen bandenmäßiger Begehung von Straftaten richtet.

Entscheidungstenor

Auf die Revision des Angeklagten wird das Urteil des Landgerichts Krefeld vom 20. Mai 2008 mit den Feststellungen aufgehoben.

Die Sache wird zu neuer Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Rechtsmittels, an eine andere Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen.

Gründe

Das Landgericht hat den Angeklagten wegen "Beihilfe zu fünf Fällen des bandenmäßigen Handeltreibens mit Betäubungsmitteln in jeweils nicht geringer Menge" zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt, einen Geldbetrag in Höhe von 48.000 € für verfallen erklärt sowie sichergestellte Betäubungsmittel eingezogen. Die hiergegen gerichtete Revision hat mit einer Verfahrensrüge Erfolg. 1

Das Urteil muss aufgehoben werden, weil das Landgericht den Angeklagten in rechtsfehlerhafter Weise während einzelner Teile der Verhandlung beurlaubt hat (§ 230 Abs. 1, §§ 231 c, 338 Nr. 5 StPO). 2

1. Nach den Feststellungen des Landgerichts bildete sich 2003 eine Bande, die sich damit befasste, in Deutschland mehrere Plantagen zum Zweck der industriellen Aufzucht von Cannabis zu errichten sowie die gewonnenen Betäubungsmittel zu verwerten. Der Bande gehörten neben drei in Holland ansässigen Personen auch die gesondert verfolgten Brüder Klaus und Manfred F. an, die als Stellvertreter der niederländischen Hintermänner fungierten und die Plantagen leiteten. Klaus F. verrichtete zudem in drei der Plantagen die erforderlichen Elektroinstallationsarbeiten. Der Angeklagte überließ der Gruppierung Anfang 2005 eine Scheune auf seinem Anwesen in P. Er wusste um die geplante Verwendung. Er schloss sich dabei der Bande an und sollte für seinen Tatbeitrag 12.000 € für jede der zu erwartenden Rauschgifternten erhalten. In der Folgezeit wurden fünf Ernten erzielt und verwertet, von denen vier Gegenstand des Verfahrens sind. Außerdem wurde eine weitere Aufzucht, bei der bereits eine nicht geringe Menge des Wirkstoffs THC entstanden war, durch die Polizei sichergestellt. 3

2. Der Verfahrensrüge liegt folgender Sachverhalt zugrunde: 4

Das Landgericht hat den Angeklagten auf seinen Antrag für den Sitzungstag des 29. August 2007 beurlaubt, "da an diesem Sitzungstag nur Verhandlungsteile Gegenstand der Sitzung sind, von denen der Angeklagte nicht betroffen ist, nämlich die Vernehmung des Zeugen Thomas F.". An diesem Tag ist in Abwesenheit des Angeklagten und seines Verteidigers zuerst der Zeuge Thomas F. hervorgerufen und, nachdem er von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch gemacht hatte, alsbald wieder entlassen worden. Sodann hat der Verteidiger des Mitangeklagten Manfred F., 5

Rechtsanwalt G., einen Beweisantrag auf Vernehmung der in Polen wohnenden früheren Lebensgefährtin dieses Angeklagten verlesen. Nach einer Sitzungspause hat der Vorsitzende mitgeteilt, dass die Zeugin, wie eine telefonische Nachfrage ergeben habe, nicht bereit sei, sich in der Hauptverhandlung vernehmen zu lassen.

Durch einen weiteren Beschluss ist der Angeklagte auf seinen Antrag für den Sitzungstag am 17. Oktober 2007 6
beurlaubt worden, "da Verhandlungsteile (Vernehmung der Zeugin Gh. und weitere Anträge von Rechtsanwalt G.)
stattfinden, von denen sie [= der Angeklagte sowie der ebenfalls beurlaubte Mitangeklagte Fr.] nicht betroffen sein
werden". An diesem Tag ist in Abwesenheit des Angeklagten die Zeugin Gh. vernommen worden. Sodann hat der
Verteidiger des Mitangeklagten Manfred F. einen Beweisantrag auf Vernehmung der Tochter dieser Zeugin verlesen.
Daraufhin hat der Angeklagte per Telefax beantragt, "für den heutigen Hauptverhandlungstag" beurlaubt zu werden.
Diesem Antrag hat die Strafkammer stattgegeben, da der Angeklagte "von den vorgesehenen Teilen der Verhandlung
nicht betroffen" ist. In Abwesenheit des Angeklagten hat das Landgericht an diesem Verhandlungstag sodann noch vier
weitere Zeugen gehört, Lichtbilder in Augenschein genommen und die Zeugin Gh. erneut vernommen.

Zuletzt ist der Angeklagte auf seinen Antrag für den Sitzungstag am 15. November 2007 beurlaubt worden, "soweit der 7
Zeuge S. vernommen werden soll und soweit Rechtsanwalt G. weitere Anträge stellt in Bezug auf seinen Mandanten."
In Abwesenheit des Angeklagten ist der Zeuge KHK S. vernommen worden. Zudem sind Lichtbilder in Augenschein
genommen worden. Sodann hat Rechtsanwalt G. einen Antrag auf Verlesung von Urkunden gestellt. Diesem Antrag ist
die Strafkammer nachgekommen und hat 24 Urkunden (Rechnungen des Mitangeklagten Manfred F., gestellt
gegenüber dem Zeugen Thomas F. über Küchenmontagen) verlesen.

3. Die Verfahrensweise der Kammer hält rechtlicher Nachprüfung nicht stand. 8

a) Das Gericht kann, wenn die Hauptverhandlung gegen mehrere Angeklagte stattfindet, einem Angeklagten, ggf. auch 9
seinem Verteidiger, auf Antrag gestatten, sich während einzelner Verhandlungsteile zu entfernen, wenn er von diesen
nicht betroffen ist. In dem Beschluss sind die Verhandlungsteile zu bezeichnen, für die die Erlaubnis gilt (§ 231c Satz 1
und 2 StPO).

b) Danach ist bereits dann rechtsfehlerhaft in Abwesenheit des Angeklagten verhandelt worden (§ 338 Nr. 5 StPO), 10
wenn die in dem Beschluss über die Befreiung festgelegte inhaltliche Begrenzung des Verhandlungsgegenstandes
nicht eingehalten worden ist. So liegt es hier bezüglich der Sitzung vom 29. August 2007, in der über den im Beschluss
bezeichneten Umfang hinaus ein Beweisantrag entgegengenommen worden und über diesen - in Form der Mitteilung
der von der Kammer ermittelten Umstände - verhandelt worden ist. Gleiches gilt für die Sitzung vom 15. November
2007, in der eine Augenscheinseinnahme stattgefunden hat, ein Beweisantrag entgegengenommen worden ist und
zahlreiche Urkunden verlesen worden sind, obwohl sie in dem Beurlaubungsbeschluss keine Erwähnung gefunden
haben.

c) Zudem ist nicht mit Sicherheit auszuschließen, dass der Angeklagte von den Verhandlungsteilen, die in seiner 11
Abwesenheit stattgefunden haben, betroffen war. Nicht betroffen wäre er nur gewesen, wenn ausgeschlossen werden
könnte, dass die während seiner Abwesenheit behandelten Umstände auch nur mittelbar die gegen ihn erhobenen
Vorwürfe berühren (BGH NSTZ 2009, 400). Dies ist nicht möglich. Sämtliche Beweisanträge dienten dem Ziel, die
Verteidigung des die Tatvorwürfe bestreitenden Mitangeklagten Manfred F. zu stützen und zur Entlastung dieses
Angeklagten beizutragen. Die Beweiserhebungen dienten demzufolge dem Zweck, den entlastenden Behauptungen
nachzugehen. Manfred F. war des Bandenhandels mit Betäubungsmitteln angeklagt. Die Art und das Ergebnis seiner
Verteidigungsbemühungen konnten durchaus Bedeutung für den Angeklagten gewinnen, der sich ebenfalls bestreitend
gegen den Vorwurf der Zugehörigkeit zu eben derselben Bande sowie der Beihilfe zum Bandenhandel mit
Betäubungsmitteln verteidigt hat.

d) Der Bundesgerichtshof hat wiederholt darauf hingewiesen, dass von der Möglichkeit der Beurlaubung nach § 231c 12
StPO nur äußerst vorsichtig Gebrauch gemacht werden sollte, weil diese Verfahrensmaßnahme leicht einen absoluten
Revisionsgrund schaffen kann (BGH bei Holtz MDR 1979, 807; bei Miebach NSTZ 1989, 219; BGHR StPO § 231c
Betroffensein 1; BGH NSTZ 1981, 111). Dem Senat erscheint es ausgeschlossen, von § 231c StPO im Rahmen eines
Strafverfahrens Gebrauch zu machen, das sich gegen mehrere Angeklagte wegen bandenmäßiger Begehung von
Straftaten richtet.